

JOSEF JOFFE

Demokratie gleich Frieden, Despotie gleich Krieg?

Zum 200. Jahrestag des 'Entwurfs zum Ewigen Frieden' von Immanuel Kant

Am 29. September 1795 erschien Kants Buch 'Zum ewigen Frieden'. Das schmale Bändchen wurde, für damalige Zeiten, rasch ein Hit; ein Jahr später schon erschien die 'Neue vermehrte Auflage'. Aber warum sollte uns der Essay heute noch beschäftigen - es sei denn, als allfälliger Anlaß, um einen jener Jahrestags-Artikel zu produzieren, die des deutschen Feuilletons liebste Kind sind?

Warum? Weil Kants 'Ewiger Friede' auf der philosophischen 'In'-Liste wieder ganz oben steht. Gelesen haben sie ihn wohl alle nicht, aber Ronald Reagan, George Bush und Bill Clinton hatten - haben - beim Verkehr mit dem alten 'Reich des Bösen' stets Kant im Hirn, und mit ihnen die allermeisten westlichen Außenpolitiker.

Vom philosophischen Rahmenwerk entkleidet, lautet die zentrale Aussage des 'Ewigen Friedens' in etwa so: Gute Staaten machen gute, und böse Staaten böse Außenpolitik. Genauer (und ebenfalls streng verkürzt): Demokratie gleich Frieden; Despotie gleich Krieg. Alle westliche Politik gegenüber der Ex-Sowjetunion wird im Grunde von dieser Prämisse beseelt: Ein demokratisches Rußland wird ein friedfertiges sein. Ganz generell: Die friedliche Staatenwelt ist eine demokratische; entmachten wir Kommunisten und Faschisten, Diktatoren und Oligarchen, und der ewige Frieden ist unser. Da seit 1989 das Lager der Demokraten wächst und wächst, bietet sich die Kantsche Friedenstheorie neuerdings nicht bloß als Utopie, sondern als Gebrauchsanweisung an.

Wobei das Wörtchen 'Utopie' dem Königsberger ohnehin Unrecht tut. Anders als jene utopischen Entwürfe, die im 18. Jahrhundert in Mode waren, ist der 'Ewige Frieden' nicht das Werk eines verträumten Menschheitsverbesserers oder wohlmeinenden Friedensforschers. Kant hatte nie eine gute Meinung vom Mitmenschen; er sprach anderswo vom 'krummen Holz', aus dem der Mensch gemacht sei, und von seiner 'ungeselligen Geselligkeit'. Außerdem wäre er nie dem mentalen Kurzschluß verfallen, wonach - weil Krieg in den Köpfen der Menschen beginne - der Alte Adam nur 'umerzogen' werden müsse, damit er die Kriegsposaune auf ewig mit der Friedensschalmei vertausche.

In Kants 'Anthropologie' bleibt der Mensch, was er ist: mal Hitler, mal Mutter Teresa; mal begeht er unvorstellbare Gemeinheiten, dann baut er wieder Kathedralen. Der 'edle Wilde', den Rousseau so sehr schätzte, weil ihn erst die Zivilisation verborgen hätte, ist nicht Kants Hoffnungsträger. Im Gegenteil: 'Der Friedenszustand unter Menschen, die nebeneinander leben, ist kein Naturzustand, der vielmehr ein Zustand des Krieges ist.'

Nein, Kant war kein Seeleningenieur, und deshalb basiert der 'Ewige Frieden' auf einem politischen, einem institutionellen Entwurf. 'Der Frieden muß gestiftet werden.' Wie? Kant war, wie es sich für den Philosophen

der Aufklärung gehört, ein Kind derselben - ein begeisterter Parteigänger der Amerikanischen Revolution und, trotz der jakobinischen 'Schreckensherrschaft', auch der Französischen.

Wie Condorcet und Rousseau, wie Jefferson und Madison sah Kant die eigentliche Ursache des Krieges nicht im 'falschen Bewußtsein', sondern im falschen, im despotischen Herrschaftssystem verwurzelt. Sie alle mußten bloß einen Blick auf das 18. Jahrhundert werfen und fragen: Wer führt hier eigentlich andauernd Krieg? Die Antwort: Kaiser und Könige, Prinzen und Potentaten. Und deshalb müsse eine andere Herrschaftsform her.

Aber welche? Die Republik. Heute würden wir sagen: die Demokratie. Die aber mochte Kant auch nicht, weil sie in seinen Augen bloß ein 'Despotismus' im anderen Gewande war. Für Kant war Demokratie, was heute Edmund Stoiber mit seinem Kreuzfix-Kreuzzug zelebriert: die ungezügelte und deshalb unzulässige Mehrheitsentscheidung, 'da alle über und allenfalls auch wider Einen (der also nicht mit einstimmt) beschließen; welches ein Widerspruch mit der Freiheit ist'.

Ganz anders aber eine Republik, im modernen Sprachgebrauch: ein System der Gewaltenteilung. Aber warum sei die Republik grundsätzlich friedfertig? Das Kernstück des Essays lautet: 'Wenn die Beistimmung der Staatsbürger dazu erfordert wird, um zu beschließen, 'ob Krieg sein solle oder nicht', so ist nichts natürlicher, als daß, da sie alle Drangsale des Krieges über sich selbst beschließen müßten, sie sich sehr bedenken werden, ein so schlimmes Spiel anzufangen.' Welche Drangsale? 'Selbst zu fechten', die 'Kosten des Krieges aus ihrer eigenen Habe herzugeben', die 'Verwüstung', die 'Schuldenlast'.

Der Bürger - 'Jedermann' - ist also grundsätzlich friedfertig, weil er die Kosten des Krieges aufgebracht bekäme. Hinzu kommt, daß sich in der bürgerlichen Republik stets der 'Handelsgeist' durchsetzen werde, 'der mit dem Kriege nicht zusammen bestehen kann, und der früher oder später sich jedes Volks bemächtigt'. Hier scheint hinter dem Kant des 'kategorischen Imperativs' wieder der knochenharte Realist durch. Weil 'die Geldmacht wohl die zuverlässigste sein möchte, so sehen sich Staaten (freilich wohl eben nicht durch Triebfedern der Moralität) gedrungen, den edlen Frieden zu befördern'.

Dies ist die klassische Friedenstheorie des Liberalismus, die sich von Condorcet über Kant zu Schumpeter und Reagan zieht: die kapitalistische Republik als Friedensstifter. (Ersetzt man 'kapitalistisch' durch 'sozialistisch', erhält man die Friedenstheorie von Rosa Luxemburg, Lenin und Genossen, die ebenfalls den Frieden mit einer bestimmten Staatsform identifizierten.) Hat Kant also recht?

Nein, natürlich nicht. Denn demokratische Staaten haben sich in der Geschichte keines-

wegs pazifistischer verhalten als Königreiche und Diktaturen. England, das sich schon im 13. Jahrhundert der Gewalt-

teilung zu verschreiben begann, hat jahrhundertlang Krieg geführt. Amerika, die älteste Demokratie, hat nach seinem Aufstieg zur Großmacht um 1890 ebenfalls fast durchgängig gekämpft: vom Spanisch-Amerikanischen Krieg 1898 bis zum Golfkrieg 1990/91. Dito Israel, die einzige Demokratie im Nahen Osten. Dito Frankreich, das gar im Namen der Demokratie von 1792 an einen der fürchterlichsten Kriege in Europa ausgefochten hat.

Gegenüber Kant, dem Liberalen, hat Tocqueville, der Konservative, den besseren Durchblick bewiesen. 'Obwohl es in demokratischen Zeiten außerordentlich schwierig ist, Nationen für den Krieg zu gewinnen', schreibt er quasi-kantianisch in 'Die Demokratie in Amerika', so seien doch Demokratien genauso blutrünstig wie andere Staaten, wenn die Gewalt erst einmal ausgebrochen ist. Dann werden sich die gleichen 'Leidenschaften', welche die Demokraten an den Frieden binden, 'den Waffen zuwenden'. Siehe Weltkrieg I und II, wo die Demokraten kaum sanftmütiger gekämpft haben als die Diktatoren.

Daraus folgt, daß nicht die innere Verfassung der Staaten, sondern die äußere der Staatenwelt Schicksal ist. Auch das hat Tocqueville besser erkannt, wenn er zum Beispiel erklärt, warum sich die amerikanische Demokratie so friedfertig im 19. Jahrhundert verhalten hat - nicht wegen der checks and balances, sondern wegen der Geographie. 'Vom Rest der Welt durch den Ozean getrennt, hat (sie) keine Feinde, und ihre Interessen berühren sich nur selten mit denen anderer Nationen auf dem Globus.' Ändert sich die 'äußere Verfassung', ändert sich auch das Verhalten: siehe das internationale System der Jahrhundertwende, wo die aufsteigenden Mächte Amerika, Japan und Deutschland, schließlich auch Rußland (das weiße und das rote) immer häufiger auf Kollisionskurs gerieten - fast hundert Jahre lang.

Wenn das Staatensystem - und nicht die Verfassung - Schicksal ist, was wird dann aus der Kantschen Prophezeiung? Diverse neu-liberale Theoretiker haben Kant zu retten versucht, indem sie die These 'Demokratien führen keinen Krieg' umformuliert haben in: 'Demokratien führen keinen Krieg gegeneinander.' Die Geschichte ist mit dieser These gnädiger umgegangen als mit dem 'reinen' Kant, aber salviert hat sie ihn trotzdem nicht.

Wie war das mit dem 'Krieg von 1812' zwischen den Demokratien Amerika und England? Oder mit dem War Between the States (alias amerikanischer Bürgerkrieg), bei dem der demokratische Süden gegen den demokratischen Norden kämpfte - blutrünstiger und verlustreicher als in jedem anderen Krieg Amerikas? Oder im Ersten Weltkrieg? Die sorgfältige Binnen- Analyse der Gegner könnte sehr wohl zu dem Urteil führen, daß

das kaiserliche Deutschland (mit seinem Parlament und seiner Gewaltenteilung) nicht minder demokratisch war als Imperial England. (Umgekehrt wurden Frankreich und England nicht minder aristokratisch regiert als das Zweite Reich.)

Wichtiger indes ist das Problem der kleinen Zahl: Bis 1945, ja bis 1990 war der Kreis der Demokratien außerordentlich klein, etwa zwei Dutzend. Mithin gab es, rein statistisch, viel mehr Kriegsgelegenheiten zwischen den Despotien und zwischen ihnen und den Demokratien. Hinzu kam der Faktor der räumli-

chen Trennung: Warum sollte die Schweiz gegen Neuseeland kämpfen - oder Israel gegen Schweden? Hauptsächlich Nachbarn pflegen einander mit Krieg zu überziehen, und da bis vor kurzem die Zahl der demokratischen 'Paarungen' zwischen Anrainern so winzig war, darf man nicht überrascht sein, daß die Demokratien so selten aufeinander eingedroschen haben. Umso weniger, als die Hauptgruppe der Demokratien seit 1945 in Westeuropa angesiedelt war, wo ein mächtiger, quasi-imperialer Außenseiter - die USA - nicht nur für ihre Sicherheit nach au-

ßen, sondern auch nach innen sorgte, ihnen eine autonome Sicherheitspolitik ersparte und so die Gemeinschaftsbildung erlaubte.

Zwar glauben inzwischen alle - von Clinton bis Kinkel - an Kant: 'Gute Staaten machen gute Außenpolitik.' Ob Kant aber wirklich richtig lag, wird sich erst am 300. Jahrestag des 'Ewigen Friedens' weisen: nachdem viele Demokratien viele Jahre lang Seite an Seite - also mit reichlich Anlaß zum Krieg - gelebt haben werden.